

Aus der Stadtvertretersitzung vom 29.09.2022:

Pkt. 8.3: Fazit der Stadtvertretung zum Masterplan (Diskussionsvorlage)

Mit dem Masterplan vom 17.09.2020 in Verbindung mit einer Grundsatzklärung vom 18.06.2020 wurden zwischen der Bürgermeisterin und der Stadtvertretung Grundpfeiler der Zusammenarbeit vereinbart. Beides war und ist im Wesentlichen darauf ausgerichtet, eine zukunftsfähige Stadtverwaltung zu schaffen, fehlendes Vertrauen in der Zusammenarbeit auf allen Seiten wieder herzustellen sowie eine zielführende, sachliche und vertrauensstärkende Sacharbeit der Bürgermeisterin mit ihrer Verwaltung zu erreichen.

Die Historie und Hintergründe, die dem vorangingen, sind bekannt und bedürfen an dieser Stelle keiner gesonderten Erörterung.

Aus der Presse haben die Stadtvertreter am 01.09.2022 nun erfahren, dass der Masterplan aus Sicht der Bürgermeisterin gescheitert ist und die Zusammenarbeit mit der Stadtvertretung insbesondere sehr schwierig sei. Die Bürgermeisterin möchte, dass mittels eines Bürgerentscheides über eine mögliche Abberufung auf der nächsten Stadtvertretersitzung entschieden wird.

Im Hauptausschuss am 01.09.2022 hat die Bürgermeisterin Frau Hammermeister-Friese im Wesentlichen dazu geäußert, dass sie den Masterplan schon dem Grunde nach nicht zielführend fand, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nicht stattfindet und sie die Vereinbarung zudem als Kontrolle und Bevormundung empfindet. Die Bürgermeisterin differenzierte hierbei nicht sondern beurteilte alle Stadtvertreter insoweit gleichermaßen. Sie äußerte sinngemäß, sie könne selbst entscheiden, ob sie - zum Teil auch unerwünschte - Ratschläge annimmt oder nicht, schließlich sei sie die Bürgermeisterin.

Die Bürgermeisterin betonte bzw. wiederholte die bereits in der Presse kommunizierte Ansicht, dass der Masterplan gescheitert sei. Sie bat um Einleitung eines Bürgerentscheids, um Klarheit für sich und die Stadt zu schaffen.

Hiermit haben sich die Stadtvertreter auseinandergesetzt.

Alle Fraktionen sowie der Einzelkandidat der Stadtvertretung sind sich einig, dass es sich in dem Artikel im Nordkurier vom 01.09.2022 um eine einseitige Sichtweise der Bürgermeisterin handelt, welche in weiten Teilen so nicht den Tatsachen entspricht.

Der Masterplan in seiner Gesamtheit wurde aus Sicht der Stadtvertretung leider nur bedingt umgesetzt. Er hat in jedem Fall nicht den gewünschten Effekt erzielt, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der Stadt insoweit herzustellen, als dass es darauf aufbauend eine wahrnehmbar konstruktive Sacharbeit der Verwaltung mit der Bürgermeisterin als Verwaltungschefin gibt. Transparenz und sichtbare Ergebnisse bzw. Erfolge von Bemühungen der Stadtvertreter, die verbindlich in Sitzungen beschlossen wurden, sind nicht im zu erwartenden bzw. ausreichenden Maße gegeben.

Seitens der Stadtvertretung gibt es - dem folgend - nur wenig Vertrauen in die Arbeit der Bürgermeisterin.

Folgendes wird von den Stadtvertretern laufend wahrgenommen (Grundsätzliches ohne Bezug zu konkreten Themenfeldern):

- Beschlüsse werden zum großen Teil nur halbherzig umgesetzt, teilweise fehlt es ganz an der Umsetzung bzw. in jedem Fall an der erforderlichen Kommunikation zu ggf. vorhandenen Schwierigkeiten in Bezug auf die Umsetzung

- Anregungen zur Weiterentwicklung der Stadt werden sehr häufig „abgetan“ bzw. wahrnehmbar nicht ausreichend ernst genommen
- gut gemeinte Ratschläge werden häufig als Kritik aufgefasst, was eine konstruktive und zielführende Diskussion und Sacharbeit sehr erschwert bzw. nahezu unmöglich macht

Erst kürzlich wurde in der Stadtvertretersitzung im Juni 2022 der Sachstand zum Masterplan erneut im nicht öffentlichen Teil thematisiert. Die Bürgermeisterin verwies darauf, dass dies nicht ihr Tagesordnungspunkt sei und sie insoweit nichts dazu zu sagen habe. Darauf waren die Stadtvertreter nicht vorbereitet. Auch in der vorbereitenden Sitzung dazu hatte Frau Hammermeister-Friese nicht suggeriert, dass sie eine inhaltliche Befassung zum Thema Masterplan ablehnt.

Damit wurde der Stadtvertretung klargemacht, dass die Bürgermeisterin die gegenseitige Vereinbarung nicht ausreichend ernst nimmt und auch der Prozess der angestrebten organisatorischen Vorhaben/Veränderungen in der Verwaltung mit Hilfe einer externen Beratung zumindest ins Stocken geraten ist.

Mit Transparenz, jedoch insbesondere mit vertrauensvollem Miteinander in der Zusammenarbeit, hat dies aus Sicht der Stadtvertretung nichts zu tun.

Ebensowenig passt die nun von Frau Hammermeister-Friese in der Presse - ohne jegliche Vorankündigung - veröffentlichte Ansicht, das Verhältnis zu den Stadtvertretern sei zerrüttet, in das Bild der angestrebten vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Mit den getätigten einseitigen und pauschalen Schuldzuweisungen gegenüber allen Stadtvertretern ist seitens der Bürgermeisterin die Zusammenarbeit ersichtlich nicht mehr gewollt.

Das Vertrauen in das Handeln und die Sacharbeit der Bürgermeisterin ist bei den Stadtvertretern nunmehr nachhaltig gestört.

Im Ergebnis aller Bemühungen in den vergangenen Jahren stellt die Stadtvertretung fest,

- dass Bürger der Stadt, Mitarbeiter der Verwaltung und auch die Stadtvertreter selbst nicht in ausreichendem Maße „erreicht“ werden und folglich
- wirksames Verwaltungshandeln mit dem Ziel, Strasburg zukunftsfähig als Stadt aufzustellen, nicht ausreichend wahrzunehmen ist sowie
- der Masterplan als Basis für die Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung mit der Bürgermeisterin an der Spitze und der Stadtvertretung gescheitert ist.

Aus diesen Gründen fordern wir, die Stadtvertreter der Stadt Strasburg (Um.), die Bürgermeisterin auf, zurückzutreten und ihr Amt zur Verfügung zu stellen.

Dieser Weg, die Stadt vor Schaden zu bewahren und konstruktive Sach- und Zusammenarbeit wieder möglich zu machen, wird dringend angeregt.

Ein alternativ durchzuführendes Abwahlverfahren mittels eines Bürgerentscheids, wie von der Bürgermeisterin gefordert, gefährdet die Stadt unverhältnismäßig in der ohnehin schon sehr angespannten Haushaltssituation.

Unterzeichnet von allen Fraktionsvorsitzenden sowie dem Einzelkandidaten der Stadtvertretung Strasburg (Um).

Pkt. 8.4 - Antrag auf Einleitung eines Bürgerentscheides zur Absetzung der Bürgermeisterin gem. § 20 Abs. 7 KV M-V

Unter der Voraussetzung, dass die Bürgermeisterin Frau Hammermeister-Friese der dringenden Anregung der Stadtvertretung, zum Wohle der Stadt ihr Amt als Bürgermeisterin niederzulegen, nicht folgt, wird von den Stadtvertretern (gemäß Unterschriften) Folgendes beantragt:

Beschlussvorlage:

Die Bürgermeisterin Frau Hammermeister-Friese wird beauftragt, einen Bürgerentscheid über die Abberufung des Bürgermeisters nach § 20 Abs. 7 KV M-V zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu organisieren und durchzuführen.

Begründung:

Die Sachgründe, die aus Sicht der Stadtvertretung eine Beendigung des Bürgermeisteramtes durch Frau Hammermeister-Friese erfordern, wurden in Pkt. 8.3 ausführlich dargelegt. Hierauf wird entsprechend verwiesen. Soweit die Bürgermeisterin nicht zurücktritt, ist die Durchführung des Abwahlverfahrens die einzige entsprechende Alternative.

Mit dem vorliegenden Antrag wird zudem dem Begehren der Bürgermeisterin entsprochen, einen Bürgerentscheid durchzuführen.

Die Stadtvertreter stellen gemeinsam an dieser Stelle ausdrücklich klar, dass sie auch im Falle einer Bestätigung der Bürgermeisterin in ihrem Amt nach Durchführung des Bürgerentscheids ihre Arbeitsweise nicht grundsätzlich ändern werden. Wir werden weiterhin verantwortungsbewusst, sachlich und respektvoll in unseren Funktionen agieren und das Ziel, Strasburg zukunftsfähig aufzustellen, konsequent weiter verfolgen. In diesem Zusammenhang sind und bleiben wir bereit, konstruktiv in den gemeinsamen Dialog zu gehen.

Unterzeichnet von allen Fraktionsvorsitzenden sowie dem Einzelkandidaten der Stadtvertretung Strasburg (Um.)